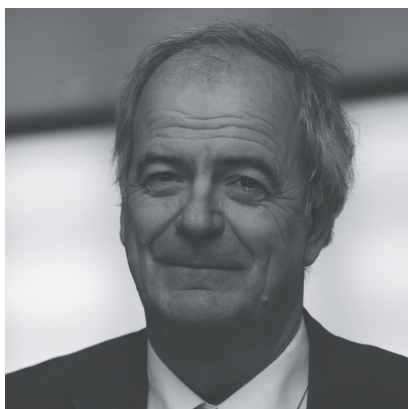


Mehr Pluralität, mehr Markt, mehr Qualität

Interview mit Prof. Dr. Dr. h.c. Ekkehard Nuissl von Rein

Welche Rolle spielt der Gedanke der Subsidiarität in der Entwicklung unserer derzeitigen Trägerlandschaft in der Erwachsenenbildung?

Es ist merkwürdig: Über »Subsidiarität« wird eigentlich überhaupt nicht mehr gesprochen, wenn es um die deutsche Erwachsenenbildung geht. Es ist, als sei sogar der Begriff verschwunden. Wenn ich mich an die Siebzigerjahre erinnere, als eine Neukonzeption der Erwachsenenbildung als »Weiterbildung« anstand, dann verwundert mich das umso mehr. Damals war »Subsidiarität« das Zauberwort, um die intendierte Übernahme der Erwachsenenbildung in staatliche Verantwortung realitätsgerecht und akzeptabel zu gestalten. Staatliche Maßnahmen sollten nur dort erfolgen, wo das bestehende Trägersystem mit seiner Vielzahl von Einrichtungen die formulierten Bildungsziele nicht erreichte oder nicht erreichen konnte. Ein schönes Beispiel dafür war die »Weiterbildungsentwicklungsplanung« (WEP) in Nordrhein-Westfalen, in der Zielwerte für Quantität und Qualität der Weiterbildung im Land angegeben und entsprechend überprüft wurden. Solche Planungspapiere, die unter Beteiligung der Träger bildungspolitische Programme für die Weiterbildung formulierten, kann ich heute kaum noch erkennen, von Ausnahmen einmal abgesehen: Das Land Sachsen z.B. hat ein solches Papier vorgelegt, in dem – nicht zufällig – auch der Begriff der Subsidiarität auftaucht. Man kann ja den geringen Stellenwert des Begriffs heute nur in dreierlei Richtung erklären: Entweder ist der Bereich der Erwachsenenbildung ganz in staatliche Hände übergegangen, dann bedarf es des Begriffs nicht mehr – dies dürfte offenkundig nicht der Fall sein. Oder der Staat kümmert sich überhaupt nicht mehr um



Prof. Dr. Dr. h.c. Ekkehard Nuissl von Rein war bis zu seiner Verabschiedung 2011 wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) und Professor für Erwachsenenbildung an der Universität Duisburg-Essen. Derzeit lehrt er Erwachsenenbildung an den Universitäten Kaiserslautern, Florenz, Timisoara und Torun und leitet internationale Forschungsprojekte.

Weiterbildung und überlässt alles den Trägern und Einrichtungen und dem Weiterbildungsmarkt – dies scheint mir auch nicht zu stimmen. Oder aber es mangelt an politischen Zielen und Planungsvorgaben, auf deren Grundlage überhaupt erst Defizite erkennbar sind, in denen der Staat aus der Perspektive der Verantwortung heraus aktiv werden muss. Diese letzte Erklärung scheint mir die plausibelste zu sein.

Zielorientierte staatliche Programme

Die Interventionen des »Staates« (Bund, Länder und Gemeinden) in der Weiterbildung haben heute weniger eine gesamtgestalterische als vielmehr

einzelzielorientierte Grundlage – z.B. Analphabeten, Migranten, Ältere als Zielgruppen oder Grundbildung, naturwissenschaftliche Bildung oder berufliche Bildung als Inhalte. Solche zielorientierten staatlichen Programme haben eine Förderungslogik, in die der Begriff der »Subsidiarität« nicht wirklich passt. Ein anderes, aber dafür gibt es ja auch einen anderen Begriff, ist die Tatsache der Vielfalt der Anbieter und Träger: Der hier verwendete Begriff der »Pluralität« hat auch heute noch eine große und alltagspolitische Bedeutung – man denke nur an die länderspezifischen Regelungen zur Förderung der Strukturen in der Weiterbildung.

Wo liegen die historischen Wurzeln unserer derzeitigen Trägerlandschaft?

Den historischen Wurzeln kommt man am ehesten auf die Spur, wenn man die Kategorie des »Interesses« zugrunde legt. Bildung war immer schon eingebunden in gesellschaftliche Macht- und Sozialstrukturen, und entsprechend gab es immer wieder und immer neue Bewegungen, Bildung (vor allem Erwachsener) mit bestimmten Zielen verbunden aufzubauen. Das gilt für die Bildungsvereine des Bürgertums seit dessen Entstehung (18. Jh.), die Bildungsorganisationen der Arbeiterklasse seit Mitte des 19. Jh., die weitgehend bürgerliche »Open University« des frühen 20. Jh. sowie die staatlichen Demokratisierungsinitiativen (bis auf Verfassungsebene) nach dem Fall der Monarchie ab 1919 und nach dem Untergang des Faschismus nach 1945. Parallel und schon sehr früh entwickelten sich Bildungsstrukturen in großen gesellschaftlichen Organisationen, namentlich den Kirchen (seit dem 18. und 19. Jh.), sowie wirtschaftsnahen Organisationen wie den Kammern und

großen Betrieben (dazu zählt auch der Staat selbst in seinen Fortbildungen für die staatlichen Beschäftigten) zwecks innerbetrieblicher Fortbildung. Immer waren es die Interessen daran, bestimmte Gruppen besser zu bilden, aber auch mithilfe der Bildung an Organisationen zu binden. Deutschland hat eine vergleichsweise differenzierte Trägerstruktur (verglichen mit anderen Ländern Europas), deren einzelne Sektoren ein kohärentes Selbstverständnis und ein eigenes Profil entwickelt haben. Und die, durch die regionalen und nationalen Zusammenschlüsse bedingt, zu starken und selbstbewussten Faktoren der Erwachsenenbildung geworden sind. Hauptsächlich deshalb ist es auch in Deutschland sehr schwer, eine gemeinsame Stimme der Erwachsenenbildung zu finden, die sich etwa im Kampf um öffentliche Anerkennung und Förderung, aber auch bei der Regelung gemeinsamer Interessen (etwa der Fortbildung und Qualifizierung des Personals) durchsetzen könnte.

Was sind die wichtigsten Vor- und die Nachteile unserer Trägerpluralität?

Einen Nachteil habe ich schon erwähnt: es fehlt die gemeinsame starke Stimme in vielen Kontexten, in der Lobbyarbeit ebenso wie in der konzeptionellen und strukturellen Gestaltung des gesamten Bereiches. Das könnte man auch als Zersplitterung bezeichnen. Aber da muss man vorsichtig sein: In der Vielfalt liegt auch die Kraft des Diskurses, des Austausches unterschiedlicher Blickwinkel, der Akzeptanz der Vielfalt der Bildungsinteressen erwachsener Menschen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es der deutschen Erwachsenenbildung guttäte, wenn sie einförmig und »durchstandardisiert« daher käme. Andererseits, und hier spreche ich als ehemaliger Direktor des trägerneutralen DIE, wäre es schon wünschenswert, wenn sich die teilweise Kakophonie der Trägerstimmen gelegentlich zu einem gut harmonisierenden Chor zusammenfinden könnte, vor allem dann, wenn es nicht nur um die gemeinsamen Interessen, sondern auch um die grundlegenden Bildungsinteressen aller Menschen in unserem Lande geht.

Ist diese Trägervielfalt im Vergleich mit anderen europäischen Ländern ein besonderes Merkmal der deutschen Struktur?

Ich würde nicht sagen, dass es die Vielfalt in der Weiterbildung ist, die uns von anderen europäischen Ländern unterscheidet. Auch dort gibt es große Spannbreiten von betrieblicher über allgemeine hin zur kulturellen Bildung. Die Vielzahl von Sprachschulen, die Bildungsaktivitäten von Kultureinrichtungen wie Museen, die betriebsnahen Fortbildungsstätten, kirchliche Bildungsangebote, öffentliche Bildungs- und Kulturhäuser im kommunalen Rahmen – dies alles gibt es auch in anderen Ländern, sowohl des europäischen Nordens und Westens, des Südens als auch des Ostens (ich unterscheide hier immer wegen einiger Spezifika in der Weiterbildungsstruktur zwischen diesen drei europäischen Regionen).

Trennlinien und Abschottung

Aber es gibt einen Unterschied: Er liegt in der bereichsspezifischen Organisierung und Stärke, aber leider eben auch »Abschottung« dieser Bereiche. Möglicherweise bedingt das eine das andere. Natürlich gibt es auch in anderen Ländern Trennlinien, namentlich die zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung findet sich auch vielerorts. Aber es gibt mehr Kommunikation untereinander, teilweise auch eine größere horizontale Vernetzung (also zwischen Einrichtungen in der Weiterbildung). Auf



Einrichtungsebene ist diese Entwicklung jetzt allerdings auch in Deutschland zu beobachten – Zahl und Anteil kooperativer EB-Angebote steigen. Die Gründe dafür sind komplex, ein wichtiger davon ist jedoch die Einsicht, dass hier gespart werden kann, ohne Qualitätsverluste zu erleiden.

Wo sehen Sie denn notwendige inhaltliche und konzeptionelle Weiterentwicklungen der Weiterbildung in Deutschland?

Ich denke, dass die Weiterbildung in Deutschland im Prinzip sehr gut aufgestellt ist. In den Preisen für Innovation, welche das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung alle zwei Jahre ausruft und vergibt, haben sich für mich immer wieder beeindruckende Innovations- und Entwicklungspotenziale gezeigt, die – trotz aller Belastung – in der Praxis umgesetzt werden. Man sollte hier auch die wissenschaftliche Seite nicht vergessen: Verglichen mit vielen anderen Ländern Europas ist die Wissenschaft der Weiterbildung in Deutschland sehr stark an vielen Hochschulen und durch viele herausragende Expertinnen und Experten vertreten. Auch ein zentrales wissenschaftliches Institut für Weiterbildung (wie das DIE) gibt es in keinem anderen europäischen Land. Aber man sollte sich nicht darauf ausruhen, der Bereich ist europäisch und global sehr in Bewegung und überall von Bedeutung. Fragen wie Bildungsarbeit für bildungsferne Schichten und Migranten sind ebenso bedeutsam wie Fragen für Bildungsarbeit mit Hochqualifizierten und Spezialisten. Es sind strukturelle Fragen mit Inhalt zu füllen, wie etwa das lebenslange Lernen, das sich bisher eher als hohle Formel denn als gelebtes Konzept auszeichnet, mit formalen Übergangsthemen und Koordinationen statt mit innovativer, lernerorientierter Didaktik. Fragen des Raums, der regionalen und sozialen Gestaltung von Lernen als einem Teil des Alltagslebens, stehen ebenso an wie solche spezifischer Personengruppen; bei Letzteren ist es geradezu absurd, dass erst in den letzten Jahren eine intensive Debatte um eine altersspezifische Didaktik begon-

nen hat, obwohl die demografischen Entwicklungen bereits seit den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts bekannt waren. Ich denke, wir könnten eine noch intensivere konzeptionelle Diskussion zur Zukunft der Erwachsenenbildung in Deutschland gebrauchen, die auch einen intensiven Blick auf die Welt außerhalb Deutschlands wirft. Dort liegen viele Anregungen, die nicht kopiert, aber in gewisser Weise transferiert werden können – und sollten.

Wo liegen derzeit die größten Bedrohungen der institutionellen Struktur?

Da frage ich mich zuerst, ob es überhaupt Bedrohungen der institutionellen Struktur gibt. In Deutschland scheint sie mir sehr festgefügt, im Guten wie im Schlechten: solide abgesichert, aber auch irgendwie ein Closed Shop. Vielleicht täte da ein bisschen Bewegung ganz gut. Bedrohungen oder Gefährdungen der institutionellen Struktur hat es in den letzten zwanzig Jahren insbesondere durch die Verknappung der öffentlichen Förderung in der Weiterbildung gegeben (die Änderung des AFG Anfang der 2000er-Jahre, die schleichende Reduktion der Fördermittel in manchen Ländern); dies scheint mir im Moment aber keine akute Gefahr, einmal der politischen Glaubwürdigkeit wegen (es gibt keine Partei, keine Regierung, bei der nicht Weiterbildung positiv auf der Agenda steht), aber auch wegen der mittlerweile entstandenen Marginalität der öffentlichen Mittel für die Weiterbildung insgesamt. Allerdings ist die Tendenz der öffentlichen Förderung, über Projektmittel und nachfrageorientiert vergeben zu werden, keine sinnvolle Unterstützung einer Strukturierung dieses Bildungsbereichs.

Was sind denn die Gründe für diese Projektförderung? Und wie schätzen Sie die Konsequenzen für die Weiterbildungsträger und -einrichtungen ein?

Der Staat oder besser, im Falle der Förderung: die öffentliche Hand hat ein natürliches und legitimes Interesse daran, ihre Mittel an politische Ziele zu knüpfen, mit anderen Worten: auch das zu erreichen, was politisch gewollt ist. Bei

einer institutionellen Förderung besteht immer die Gefahr, dass die Institutionen, welche die Förderung (meist auch sicher für einen längeren Zeitraum) erhalten, ihre eigenen Ziele verfolgen und ihre (vielfach auch einfach Überlebens-)Interessen realisieren. Man muss sehen, dass die öffentliche Hand zunehmend unter Legitimationsdruck steht, die knapper werdenden Mittel auch transparent und kontrolliert zur Erreichung definierter Ziele (über die ja letztlich anhand der Parteiprogramme auch abgestimmt wird) einzusetzen. Im Prinzip finde ich das eine richtige Anforderung an Bildungspolitik: Mittel gezielt

für das einzusetzen, was in der politischen Programmatik enthalten ist, und das auch zu kontrollieren. In der Kameralistik ist diese Überprüfung schwierig, und zur kaufmännischen Buchführung hat es die öffentliche Hand in größerem Umfang noch nicht gebracht. Projekte und Programme erlauben eine solche gezielte und kontrollierte Mittelvergabe, vor allem, wenn sie auch noch mit der Auflage der Evaluation versehen sind. Nun zeigt sich allerdings, dass hier unterschiedliche Bedingungen und Interessen aufeinandertreffen. Projektmittel zu beantragen erfordert Know-how und Personalkapazitäten, mit unsicheren

Statement

Politische Jugend- und Erwachsenenbildung in ihrer Vielfalt erhalten und sichtbar machen

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) wurde 1959 mit dem Ziel gegründet, die Jugend- und Erwachsenenbildung, insbesondere die politische Bildung, als Element der Weiterbildung zu fördern, den Erfahrungsaustausch unter den Einrichtungen anzuregen und die fachliche Entwicklung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung weiter voranzutreiben.

Zu den Besonderheiten des AdB gehört es, dass sich unter seinem Dach Bildungsstätten, Akademien, Heimvolkshochschulen, Tagungsstätten, Vereine und Verbände sowie Bildungseinrichtungen politischer Stiftungen zunächst auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und dann nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze auch in den neuen Bundesländern zusammengeschlossen haben, die die große Trägervielfalt in Deutschland – konfessionell und politisch unabhängig – widerspiegeln. Aus diesem Grund ist es schon in der Struktur und den Zielen des AdB begründet, für die Trägervielfalt der Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland einzustehen und – wenn nötig – zu kämpfen.

Nicht erst die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus hat die Bedeutung politischer Bildung für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft sichtbar gemacht, sie hat aber gezeigt, wie wichtig es ist, die Verantwortung für die Demokratie auf ein breites Fundament zu stellen und Wertepluralität zu ermöglichen und zu bewahren. Das Lernen aus der Geschichte hat in Deutschland das Entstehen einer vielfältigen Bildungslandschaft ermöglicht. Diese gilt es zu schützen und zu erhalten.

Die im AdB bestehende Vielfalt ermöglicht den Menschen einen breiten Zugang zur politischen Bildung: bundesweit vernetzt, vor Ort und nah bei den Menschen und ihrer Lebenswelt umgesetzt, vielfältig in den Themen und methodischen Zugängen, subjektorientiert und immer an den aktuellen politischen Themen und Herausforderungen unserer Zeit orientiert. Der bundesweite Zusammenschluss ermöglicht dabei eine qualitativ hochwertige, durch regelmäßigen Austausch, durch Fortbildungen und Publikationen qualifizierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Dafür steht der AdB.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

Erfolgsaussichten. Das bedeutet eine zusätzliche Belastung in der Erwachsenenbildung bei ohnehin dünner Personaldecke und eine Unsicherheit für die Institutionen, eine Planungsunsicherheit in einer Zeit, in der Risiken einer Fehlplanung immer größer werden. Und eine kaufmännische Rücklagenbildung für Eventualitäten, wie sie in »normalen« Unternehmen über den Profit möglich sind, kommen in der Weiterbildung kaum infrage – zumindest nicht in der öffentlich geförderten. Letztlich ist in den letzten beiden Jahrzehnten in den Einrichtungen hier eine schleichende Verschiebung von Kompetenzen und Kapazitäten erfolgt, weg von Lehre und Angeboten hin zu Akquisition und Management. Die Einrichtungen stehen hier zwischen den Lernern und den staatlichen Interessen und rudern mit aller Kraft, um das zu bewältigen. Nicht immer mit zufriedenstellendem Erfolg. Das wurde jedoch staatlicherseits schon teilweise erkannt, die institutionelle Förderung wieder verstärkt – die öffentliche Hand weiß den Nutzen einer institutionalisierten Struktur in der Weiterbildung durchaus zu schätzen. Aber hier ist noch viel zu tun, an politischer Überzeugungsarbeit einerseits, an Organisationsentwicklung andererseits.

Nun ist ja nur ein Teil der Weiterbildung von der öffentlichen Hand gefördert, große Teile sind Organisationen zugehörig oder als private Unternehmen aufgestellt. Wie sehen Sie denn dort die Situation?

Klar, ein anderes ist die Finanzierung großer Bereiche der Weiterbildung

durch gesellschaftliche Organisationen (wie etwa die Kirchen und die Gewerkschaften), die ihrerseits mit ihren Mitteln immer mehr haushalten müssen. Auch hier wird der Legitimationsdruck immer größer, den Nutzen der Weiterbildungsaktivitäten für die Gesamtorganisation nachvollziehbar zu machen. Und durch die zunehmende Finanzierung der Weiterbildung seitens der Teilnehmenden haben sich alle Unsicherheitselemente in der Weiterbildung verstärkt, die systematisch auf Märkten existieren: Reduziert sich die Nachfrage, reduziert sich das Angebot oder erleidet einen Preisverfall. Einige Heimvolkshochschulen hatten dies schmerzlich erfahren müssen – die Akzeptanz der Bildungsurlaubsgesetze durch die Betriebe spielte dabei keine kleine Rolle.

Gefahr der verstärkten Nachfrageförderung

Ganz generell sehe ich eine Bedrohung der institutionellen Struktur insbesondere der öffentlich geförderten Weiterbildung weniger in einem weiteren Rückgang der öffentlichen Mittel (damit rechne ich nicht), sondern in einer verstärkten Nachfrageförderung zulasten der institutionellen Förderung. Dies erhöht den Marktcharakter der Angebote, und die Weiterbildungseinrichtungen und ihr Personal sind weder kapazitativ noch ideell darauf eingestellt (vor allem im allgemeinbildenden Bereich). Die privaten Anbieter sind hier besser vorbereitet als diejenigen, die größere Anteile an öffentlicher Förderung haben. Sie haben weniger öffentliche oder organisationsbezogene Ideologien und Ziele, sind stärker an der Sicherung der ökonomischen Grundlage der eigenen Arbeit interessiert. Sie sind dadurch per se gezwungen, nachfrageorientiert zu arbeiten, und haben entsprechende Kompetenzen und Verfahren aufgebaut. Aber auch ihre Lage ist in Zeiten knapper Mittel für die Weiterbildung nicht gerade rosig, von Ausnahmen abgesehen.

Müssen wir z.B. über das geplante Freihandelsabkommen mit den USA oder weitere Liberalisierungen des Marktes

»Billigkonkurrenz« aus dem Ausland fürchten?

Wenn Weiterbildung ein Markt ist – und er hat wesentliche Elemente eines solchen –, dann ist immer Konkurrenz zu erwarten. Ob diese aus dem Ausland oder dem Inland kommt, das ist dabei zunächst nebensächlich. Faktisch handeln ja schon alle EB-Einrichtungen nach Marktgesetzen, haben ihre Profile, ihre Nischen, ihre Klientel. Auch und sogar die Volkshochschulen mit ihrem Generalanspruch für alle Weiterbildung in der Kommune und Region stellen sich auf die Konkurrenzsituation vor Ort ein, berücksichtigen andere Anbieter in ihrer Programmplanung. Konkurrenz ist also nichts Neues in der Weiterbildung, und Befürchtungen muss man nicht vor ihr haben – sofern man das tut als Einrichtungsmanager, was getan werden muss im Sinne eines strategischen Managements: Marktanalyse, Bedarfsanalyse, Profilentwicklung und -treue, Qualitätssicherung und Evaluation, alles permanent. Ob die Konkurrenz aus dem Ausland billiger ist als die aus dem Inland, das mag dahingestellt sein. Es ist ja auch immer eine Frage der Qualität, der Zugänglichkeit, der Methoden, der Verwertbarkeit. Am ehesten sehe ich solche schwierigen Konkurrenzen im Bereich der großen Sprachen (Englisch und Spanisch), hier haben die entsprechenden Anbieter in den muttersprachlichen Ländern natürlich naheliegende Vorteile. Auch im »höheren« Angebotssegment wie Management etc. ist mit verstärkter Konkurrenz zu rechnen, dort spielt auch die Nutzbarkeit entsprechender Zertifikate eine große Rolle. Aber da muss man durch, da müssen die Anbieter im Ausland ja auch durch, wenn sie etwa Deutschkurse anbieten oder Kurse zur deutschen Philosophiegeschichte (wobei das vermutlich kein großes Angebotssegment ist). Normalerweise machen solche neuen Konkurrenzsituationen auch erfinderisch und steigern Produktivität und Qualität. Im Übrigen haben ausländische Anbieter nur dann Preisvorteile, wenn sie ein identisches Konzept in größerer Menge verkaufen, das ist so wie bei uns. Ob das der Fall ist, muss man erst einmal sehen. Im Grundsatz lernen die Menschen





Wimmelbild aus der Reihe »Unser Gesundheitswesen« von Peter Menne

in unterschiedlichen Kulturen auch unterschiedlich, und sehr wahrscheinlich sind – sogar bei Englischkursen – immer wieder Adaptationen an die deutsche Lernmentalität erforderlich. Und auch die Rahmenbedingungen sind zu prüfen: die Englischkenntnisse der Lerner und ihr Interesse, auf Englisch (oder einer anderen Fremdsprache) zu lernen, sowie die Kompetenzen der Lehrkräfte, die auch bei Fernstudien vor Ort Präsenzphasen zu gestalten haben.

Was raten Sie den konfessionellen Trägern?

Zunächst rate ich ihnen, KEB (wie sie jetzt statt KBE heißt) und DEAE, das fortzusetzen, was sie schon seit vielen Jahren tun: zu kooperieren. Die regelmäßigen Konsultationen, auch zusammen mit dem Volkshochschulverband, haben bereits viele Probleme lösen helfen und Sichtweisen klarer gemacht. Vielleicht kann man diese Kooperation noch verstärken und festigen, aber es wäre Gegenstand einer gemeinsamen Strategiekonferenz, dies zu beraten. Ich habe es immer sehr geschätzt, dass die konfessionellen Träger über die Definition ihres »Propriums« ein unverwechselbares Profil entwickelt haben; genau dies – das erkennbare Profil – macht den Sinn von Pluralität aus. Das macht sie für die Lernenden erkenn- und unterscheidbar und bietet die Sicherheit, das Erwartete auch zu bekommen. Mir scheint jedoch, dass die Träger in ihrer Offenheit gegenüber den Kooperationspartnern zurückhaltender sind als die Einrichtungen selbst, als gelte es, weniger ein Profil zu schärfen als einen »Claim« zu verteidigen. Nach meiner Ansicht ist beides möglich und notwendig: das Profil zu bewahren und gegebenenfalls weiter zu schärfen, gleichzeitig auch die Felder der Kooperation zu erweitern. Im Bereich der Professionalisierung des Personals etwa ist mehr möglich als bisher geschehen, und gemeinsame Aktivitäten würden auch zugunsten der Lernenden sein.

Leistungsnachweis und Verbundstatistik

Ein wichtiger Punkt ist aus meiner Sicht der Leistungsnachweis. Auch die konfessionelle Weiterbildung sollte vermehrt nachweisen, dass sie zur Entwicklung der Gesellschaft beiträgt und einen wesentlichen Anteil bei der Befriedigung der Bildungsbedürfnisse der Bevölkerung hat. Mit dem Schritt in die »Verbundstatistik« des DIE ist hier ein wichtiger Schritt getan – er sollte gefestigt und auf noch bessere empirische Füße gestellt werden. Mit ihren Kirchen haben die konfessionellen EB-Organisationen schon immer einen intensiven Diskurs gehabt, er ist in Zeiten von Sparzwängen gewiss nicht weniger schwierig geworden. Es ist schwer, hier von außen zu raten. Wichtig scheint mir jedoch, die Balance zu bewahren, die zwischen Verkündung und Bildung in der Vergangenheit vielfach herausragend gelungen ist, das »Proprium« zu bewahren und gleichzeitig die heutige Orientierung an den Lernenden umzusetzen. Zum Beispiel mit Jugendlichen über die Probleme der Handynutzung zu diskutieren, deren Produktion und gesellschaftliche Wirkung zu hinterfragen, ohne darauf zu verzichten, die Argumente der Jugendlichen anzuhören, ihre soziale Situation zu verstehen und ohne sie nur moralisch zu steuern – das ist es, was konfessionelle Bildung leisten kann und heutzutage leisten muss: wer sonst?

Sehen Sie die Gefahr, dass sich die öffentliche Hand aus der Förderung der Erwachsenenbildung nach und nach zurückzieht und diesen Bereich dem privaten Sektor zuschreibt – Stichwort »Schuldenbremse«?

Die öffentliche Hand hat sich nachweislich in den letzten fünfzehn Jahren schon ein Stück aus der Förderung der EB zurückgezogen, in verschiedener Weise, teils durch direkte Kürzungen, teils durch Umverteilungen, teils durch »Deckeln« von Ansätzen. Es gibt aber auch regionale und kommunale Gegenbewegungen, wo Erhöhungen zu verzeichnen sind. Wir können sagen,

dass heute etwa zehn Prozent weniger Mittel in die Weiterbildung fließen als vor zwanzig Jahren, größtenteils verursacht durch die Situation bei den öffentlichen Mitteln. Das immer mit Blick auf den hohen Stellenwert, den Weiterbildung in offiziellen politischen Programmen und Reden spielt. Der Unterschied zwischen »Talk« und »Action« macht schon nachdenklich. Vor allem auch, weil Deutschland nach wie vor die Selbstwahrnehmung eines Bildungsstaates hat (im Vergleich mit anderen Ländern Europas aber nur im Mittelfeld liegt). Ich glaube aber nicht, dass sich dieser Prozess fortsetzt. Die Einrichtungen der Weiterbildung, der gesamte Bereich ist an die Grenze dessen geraten, wo ernsthaft qualitativ gute Arbeit noch möglich ist. Vielfach werden Engagement und ideelle Werte der Arbeitskräfte in der Weiterbildung bei niedrigem Gehalt, hoher Arbeitsbelastung und geringen Aufstiegsmöglichkeiten überfordert. Diese Schraube ist, glaube ich, nicht mehr weiterzudrehen. Es wäre einfacher zu sagen, dass hier nichts mehr geht, wenn denn die deutsche Erwachsenenbildung mit einer Stimme spräche, die politisch hörbar Protest anmeldet und Vorschläge macht. Dennoch, auch wenn dies noch nicht der Fall ist, glaube ich, dass nicht weitergedreht werden wird an der Förderungsschraube. Wir könnten aber, wie gesagt, als Erwachsenenbildner auch unsererseits aktiv besser daran mitwirken, dass dies nicht der Fall sein wird.

Die Fragen stellte Dr. Michael Sommer.

